



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein
אגודת ארצות של הקהילות היהודיות של שלזוויג הולשטיין
* Körperschaft des öffentlichen Rechts *



JG
SH Jüdische Gemeinschaft
Schleswig-Holstein K.d.ö.R.



Schleswig-Holstein
Ministerium für Allgemeine und
Berufliche Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Runder Tisch „SHalom&Moin“

zur Förderung des Jüdischen Lebens und gegen
Antisemitismus in Schleswig-Holstein

Gemeinsame Erklärung

Der Runde Tisch „SHalom&Moin“ wurde am 1. März 2023 gegründet und verfolgt das Ziel, jüdisches Leben in Schleswig-Holstein zu fördern, Antisemitismus zu bekämpfen und heutiges jüdisches Leben sichtbar zu machen.

Wir sind entsetzt über die barbarischen und menschenverachtenden Angriffe der Hamas auf unschuldige Menschen und das entsetzliche Leid, das der Terror gegen Israel seit dem 7. Oktober 2023 gebracht hat. Unsere Gedanken sind bei allen Angehörigen, deren Familien Opfer des Terrors der Hamas geworden sind, die geliebte Menschen verloren haben oder um das Schicksal der von den Terroristen entführten Menschen bangen. Neben den zahlreichen Opfern auf israelischem Territorium und den vielen noch immer Vermissten sind auch die Palästinenserinnen und Palästinenser selbst Opfer der Hamas.

Wir begrüßen die klare Haltung des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Landesregierung, die sofort ihre Solidarität mit Israel bekundet haben. Ebenso sehen wir es als ein wichtiges Zeichen, dass auch die Türkische Gemeinde und die Islamischen Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein den Terror der Hamas klar und unmissverständlich verurteilt haben.

Israel hat nicht nur das selbstverständliche Recht auf Selbstverteidigung – Israel kämpft um seine Existenz als demokratischer Staat. Das steht außer Frage und muss klar benannt werden. Versuche einer Täter-Opfer-Umkehr, die wir seit dem 7. Oktober verstärkt erleben, sind inakzeptabel. Es war und ist die Hamas, die nicht nur einen unvorstellbaren Terror gegen Israel betreibt mit dem Ziel den Staat auszulöschen, sondern die auch die palästinensische Bevölkerung als Schutzschild für ihren Terror missbraucht.

Mit großer Sorge und Bestürzung sehen wir, dass Jüdinnen und Juden auch in Schleswig-Holstein seit dem 7. Oktober 2023 vermehrt und massiv bedroht werden. Hierfür gibt es keine Rechtfertigung. Die Zunahme antisemitischer Straftaten ist erschreckend und alarmierend. Zugleich müssen wir der Tatsache ins Auge sehen: Antisemitismus ist nicht nur in extremistischen Kreisen ein Phänomen, er ist auch in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Es ist beschämend, dass fast 80 Jahre nach dem Ende der Shoah Jüdinnen und Juden in Schleswig-Holstein immer noch um ihre Sicherheit fürchten müssen.

Menschen, die Hass gegenüber Jüdinnen und Juden säen, bedrohen auch unsere Demokratie und demokratischen Werte sowie unser friedliches Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Daher ist der Rechtsstaat gefordert, diesem Hass mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Einhalt zu gebieten. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Schule, außerschulische Bildung, Hochschulen und Gedenkstätten sind in besonderem Maße aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und anzuwenden, um langfristige und nachhaltige Effekte für ein friedliches Zusammenleben zu erzielen. Aber auch jeder und jede Einzelne ist in der Verantwortung, für die Werte unserer Demokratie einzutreten und sich klar gegen Hass und Ausgrenzung zu positionieren.